

Stellungnahme zur Antwort des BMFSFJ und des Bundestages auf die Petition von Attac Karlsruhe (Pet-3-17-2164-018728)

In der Stellungnahme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (05.04.2011) zur Petition von ATTAC Karlsruhe (09.02.2011) werden Verhältnisse beschrieben, die mit der Realität in Deutschland wenig gemein haben.

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte übt scharfe Kritik an der sozialen Lage in Deutschland. Insbesondere wird beanstandet, dass das Bundesverfassungsgericht seinem Urteil zu Hartz IV Beträge zugrunde legt, die keine angemessene Lebenshaltung ermöglichen; dass das Familieneinkommen so niedrig ist, dass 2,5 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze leben. Kritisiert werden ferner 13% Armutspopulation, 1,3 Mill. "Aufstocker" („working poor“), die Zumutbarkeits-Regelungen und die großen Kontraste zwischen Ost-West-Bundesländern (Concluding Observations of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights: Germany).

Den Vorwurf der Verfälschung und Beschönigung erheben aber nicht nur die ECOSOC oder Attac, sondern vor allem die Betroffenen und die kritische Öffentlichkeit. Diejenigen nämlich, die erleben oder beobachten, dass

- die Armut trotz staatlicher Transferleistungen steigt,
- die soziale Herkunft darüber bestimmt, ob Kinder gesund und mit guter Bildung aufwachsen oder ausgeschlossen bleiben und arme zehn Jahre früher sterben als Kinder in sicheren Verhältnissen,
- die Bundesregierung und das Parlament die Kluft zwischen Arm und Reich in einem Maß vergrößert, die nicht nur der Gerechtigkeit Hohn spricht, sondern schlicht den Grundsätzen des sozialen Rechtsstaates widerspricht.

Die Begründung des BMFSFJ, die vom Bundestag/Petitionsausschuss übernommen wurde, geht von falschen Voraussetzungen aus und kommt deshalb zu falschen Schlussfolgerungen. Zwei zentrale Beispiele:

1. Die „richtige Strategie“ zu Armutsbekämpfung ist laut Bundesministerium die **„erwerbsanreizorientierte Ausgestaltung des Transfersystems sowie eine gute Infrastruktur zur Stärkung der Erwerbsmöglichkeiten...“** (BMFSFJ, S. 3).

Diese Strategie hat zu einer deutlichen Verstärkung der Kinderarmut geführt. Beispiel: die Hartz-Gesetze, aber auch das seit 2007 geltende Elterngeldgesetz. Bei diesem Ansatz profitieren ausgerechnet die tendenziell ärmeren Familien (junge noch in Ausbildung befindliche Eltern, Mehr-Kinder-Familien) deutlich weniger als beim früheren Erziehungsgeldgesetz. Dieses Gesetz verstärkt zwangsläufig die Kinderarmut, weil die ohnehin schon gegenüber der Erwerbsarbeit unterbewertete Erziehungsleistung zusätzlich abgewertet wird.

2. Die Ungleichheit in Deutschland (ausgedrückt im statistischen Gini-Koeffizient) **„entzieht sich weitgehend politischer Steuerung“** (BMFSFJ, S. 6). Dieser Behauptung ist klar zu widersprechen. Es kann kein Zweifel bestehen, dass eine ganze Reihe staatlicher Maßnahmen den Gini-Koeffizienten zugunsten der

Wohlhabenden verschoben haben. Zu nennen sind hier etwa Abschaffung der Vermögenssteuer 1997, die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 % auf 42 % zwischen 1999 und 2005, die steuerliche Begünstigung von Kapitaleinkommen durch Einführung der Abgeltungssteuer 2009 und die vor allem den Kapitalbesitzern dienende „Rettung“ der Banken. Zum anderen erfolgten Maßnahmen, die vor allem die Ärmere belasten wie die Einführung der Stromsteuer 1999 oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer 2007 von 16 % auf 19 %. Inzwischen besitzen deshalb ein Prozent der Reichen so viel Vermögen wie 70% der „restlichen“ Bevölkerung (DIW). Und die Reallöhne der Geringverdiener fielen auf den Stand wie Mitte der 80er Jahre (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung).

Die politisch-wirtschaftliche Elite betreibt weiterhin unter nur ideologisch begründbaren Vorwänden die eigene steuerliche und sozialrechtliche Begünstigung – auch um den Preis der Verarmung wachsender Teile der Bevölkerung, die bevorzugt Eltern und Kinder trifft. Entgegen allen offenkundigen Fakten vertritt sie die Ideologie, Gerechtigkeit stelle sich ohne staatliche Einflussnahme her.

So ist es nur folgerichtig, dass die Bundesregierung nicht nur in der Antwort auf die Petition, sondern auch in der Politik zur aktiven Herstellung von Gerechtigkeit und zur Bekämpfung der Ursachen der Armut nichts tut, sondern diese noch gezielt verstärkt. Sie beschränkt sich darauf, durch Transferleistungen zu erreichen, dass „kein Kind in Deutschland von existenzieller Not bedroht“ ist (BMFSFJ, S. 1). So verhungert hier zwar kein Kind – wenn auch immer mehr Familien auf die „Tafeln“ und öffentliche Speisungen angewiesen sind. Aber die Grundrechte auf freie Entfaltung, auf Gesundheit und Bildung bleiben ein Luxusgut für Wohlhabende. Das hat nichts mit Demokratie und sozialem Rechtsstaat zu tun.

Wir fordern weiterhin Maßnahmen zur konsequenten Minderung der Armut in einem reichen Land wie Deutschland und zur Herstellung gerechter Verhältnisse, in denen nicht die soziale Herkunft über den Lebenslauf bestimmt. Hat die Bundesrepublik Deutschland diesen Anspruch ein für alle mal aufgegeben? Wie will sie die gigantische Umverteilung von unten nach oben stoppen, die in den letzten zehn Jahren dazu geführt hat, dass 789 Milliarden Euro den Arbeitseinkommen weggenommen und den Besitzeinkommen geschenkt wurden (Memorandum 2010 der AG Alternative Wirtschaftspolitik)? Wie will sie Familienarmut bei immer mehr Leiharbeit, Niedriglohn, Minijobs und Missachtung der Erziehungsleistung bekämpfen? Nach Auskunft des Parlamentarischen Staatssekretärs Fuchtel (BMF) ist allein für das Erreichen der Grundsicherung im Alter i.H.v. nur 684 Euro bei 45 Berufsjahren und voller Arbeitszeit ein Mindestlohn von zehn Euro notwendig! Wie will sie erreichen, dass die soziale Herkunft nicht mehr über das Leben entscheidet?

Diese bestehenden massiven Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen werden nicht durch Almosen und publikumsorientierte Kampagnen behoben, sondern nur durch gerechte Verteilung der von der Gesellschaft erwirtschafteten Güter. Dafür muss die gigantische Umverteilung von unten nach oben rückgängig gemacht werden.

Attac Karlsruhe

